

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates vom 26.05.2020 in der Mehrzweckhalle der Gemeinde Bubenreuth

Alle Mitglieder sind ordnungsgemäß geladen. Erschienen sind nachstehende Mitglieder, also mehr als die Hälfte:

Erster Bürgermeister, Vorsitzender

Norbert Stumpf

Gemeinderatsmitglieder

Christiane Bayer
Lea Beifuß
Jessica Braun
Dr. Isabelle Buchheidt-Dörfler
Christian Dirsch
Gabriele Dirsch
Johannes Eger
Andrea Horner-Schmid
Dr. Stephan Junger
Johannes Karl
Mara Kortmann
Hans-Jürgen Leyh
Wolfgang Meyer
Dr. Marcus Schuck
Jürgen Zeilmann
Moritz Zelkowicz

Schriftführerin

Monika Eckert

Verwaltung

Helmut Racher
Tobias Zentgraf

Die Beschlussfähigkeit ist damit hergestellt.

Tagesordnung:

13. **Rückwirkende Bestätigung des Umlaufbeschlusses zur Einsetzung des Ferienausschusses**
14. **Neuerlass der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts**
15. **Besetzung der Ausschüsse; Benennung der Ausschussmitglieder und ihrer Stellvertreter**
16. **Erlass einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat und seine Ausschüsse für die Amtszeit 2020/26**
17. **Bestellung des Ersten Bürgermeisters zum Eheschließungs-Standesbeamten**
18. **Krisenbedingte Verlängerung der ablaufenden Amtszeit des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters**
19. **Kenntnisnahmen und Anfragen**

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um **19:30 Uhr**.

Einwendungen zur Ladung, zur Tagesordnung und gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung am 12.5.2020 werden nicht erhoben.

GRM C. Dirsch erhebt einen Einwand gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung vom 21.04.2020, da sein Antrag zu Bike & Ride nicht protokolliert wurde. Die Niederschrift wird entsprechend ergänzt.

GRM Beifuß stellt den Antrag, TOP 16 zur weiteren Abstimmung unter den Fraktionen zu vertagen. Darüber lässt der Vorsitzende abstimmen:

Anwesend: 17 / mit 4 gegen 13 Stimmen
(Der Antrag ist somit abgelehnt.)

Lfd. Nr. 13 - Rückwirkende Bestätigung des Umlaufbeschlusses zur Einsetzung des Ferienausschusses
--

Mit Schreiben vom 20.03.2020 hat das Bayerische Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration den Gemeinden empfohlen, bis zum Ende der Wahlperiode am 30.04.2020 kurzfristig einen Ferienausschuss nach Art. 32 Abs. 4 Gemeindeordnung (GO) einzusetzen. Der Ferienausschuss erledigt ohne jede Einschränkung in der Ferienzeit alle Aufgaben, für die sonst der Gemeinderat oder beschließende Ausschüsse zuständig wären. Damit „ersetzt“ er in der Ferienzeit den Gemeinderat ebenso wie die sonstigen Ausschüsse. Dieser Empfeh-

lung ist der Gemeinderat gefolgt und hat wegen der Pandemie die Zeit bis zum Ende der abgelaufenen Amtsperiode am 30.04.2020 als „Ferienzeit“ definiert und den Finanzausschuss als Ferienausschuss eingesetzt.

Der dazu erforderliche Beschluss wurde ausnahmsweise im Umlaufverfahren getroffen, indem über einen per Mail an die Gemeinderatsmitglieder versandten Beschlusstext abgestimmt wurde.

Zum Umlaufverfahren wird in dem genannten Ministerialschreiben ausgeführt, dass der Sitzungszwang und der Grundsatz der Sitzungsöffentlichkeit Umlaufbeschlüsse im schriftlichen oder elektronischen Verfahren in kommunalrechtlicher Hinsicht grundsätzlich ausschließen. Eine Ausnahme hielte das Ministerium in kommunalrechtlicher Hinsicht nur auf Grund der gegenwärtigen Situation und nur für den Fall der kurzfristig erforderlichen Einsetzung eines Ferienausschusses für zulässig. Dieser Beschluss solle in der nächsten öffentlichen Sitzung des Gemeinderats rückwirkend bestätigt werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat bestimmt die Zeit bis zum Ende der Amtsperiode des vorangegangenen Gemeinderats (30.04.2020) als Ferienzeit und setzt für diesen Zeitraum den Finanzausschuss der Amtsperiode 2014/20 als Ferienausschuss gemäß Art. 32 Abs. 4 Gemeindeordnung ein; die Besetzung mit Mitgliedern und Vertretern und die Führung des Vorsitzes bleiben unverändert wie im Finanzausschuss. Für die notwendige Teilnahme an den Sitzungen des Ferienausschusses wird eine Entschädigung bzw. Verdienstausfall wie für Gemeinderatssitzungen gewährt (§ 3 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts).

Dieser Beschluss ergänzt die Geschäftsordnung 2014/20 und gilt rückwirkend zum 15.04.2020.

Anwesend: 17 / mit 16 gegen 1 Stimmen

Lfd. Nr. 14 - Neuerlass der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts
--

Sachverhalt¹:

In der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts (auch als „Hauptsatzung“ bezeichnet)

- werden Anzahl, schlaglichtartige Zuständigkeit und Kompetenz sowie Größe und Vor-

¹ Im nachfolgenden Text werden Personen jeden Geschlechts allein der besseren Lesbarkeit wegen nur in der männlichen Form bezeichnet. Die Sachverhalte beziehen sich aber selbstverständlich ebenso auf Frauen und Personen des dritten Geschlechts.

sitz der Ausschüsse festgelegt

- wird die Entschädigung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder geregelt
- wird die Rechtsstellung des ersten Bürgermeisters definiert (ob ehrenamtlich als Ehrenbeamter oder berufsmäßig als Beamter auf Zeit)
- wird festgelegt, ob die Vertretung des ersten Bürgermeisters von ein oder zwei weiteren Bürgermeistern erfolgt
- wird die Rechtsstellung des oder der weiteren Bürgermeister definiert (ob ehrenamtlich als Ehrenbeamte oder berufsmäßig als Beamte auf Zeit)

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat erlässt folgende Satzung:

„Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts

Vom (Ausfertigungsdatum)

Die Gemeinde Bubenreuth erlässt auf Grund der Art. 20 a, 23, 32, 33, 34, 35, 40, 41, 88 und 103 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern folgende Satzung:

§ 1

Zusammensetzung des Gemeinderats

Der Gemeinderat besteht aus dem berufsmäßigen ersten Bürgermeister oder der berufsmäßigen ersten Bürgermeisterin (§ 4) und 16 ehrenamtlichen Mitgliedern.

§ 2

Ausschüsse

(1) Der Gemeinderat bestellt zur Mitwirkung bei der Erledigung seiner Aufgaben folgende ständige Ausschüsse:

- a) den Haupt- und Finanzausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- b) den Bauausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- c) den Ausschuss für Klima-, Energie- und Umweltfragen, bestehend aus dem Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,

- d) den Generationen-, Sport- und Kulturausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und fünf ehrenamtlichen Gemeinderatsmitgliedern,
- e) den Rechnungsprüfungsausschuss, bestehend aus dem Vorsitzenden und fünf weiteren Mitgliedern des Gemeinderats.

(2) ¹Den Vorsitz in den in Absatz 1 Buchst. a) bis d) genannten Ausschüssen führt der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin. ²Im Rechnungsprüfungsausschuss führt ein vom Gemeinderat bestimmtes ehrenamtliches Gemeinderatsmitglied den Vorsitz (Art. 103 Abs. 2 GO).

(3) ¹Die Ausschüsse sind vorberatend tätig, soweit der Gemeinderat selbst zur Entscheidung zuständig ist. ²Im übrigen beschließen sie anstelle des Gemeinderats (beschließende Ausschüsse).

(4) Das Aufgabengebiet der Ausschüsse im Einzelnen ergibt sich aus der Geschäftsordnung, soweit es nicht durch gesetzliche Bestimmungen festgelegt ist.

§ 3

Tätigkeit der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder; Entschädigung

(1) ¹Die Tätigkeit der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erstreckt sich auf die Mitwirkung bei den Beratungen und Entscheidungen des Gemeinderats und seiner Ausschüsse. ²Außerdem können einzelnen Mitgliedern besondere Verwaltungs- und Überwachungsbe fugnisse nach näherer Vorschrift der Geschäftsordnung übertragen werden.

(2) ¹Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder erhalten für ihre notwendige Teilnahme an Sitzungen

- a) des Gemeinderats oder eines unter § 2 Abs. 1 Buchst. a) bis d) genannten Ausschusses als Entschädigung ein Sitzungsgeld von je 40,00 EUR,
- b) des Rechnungsprüfungsausschusses als Entschädigung ein Sitzungsgeld von je 50,00 EUR.

(3) ¹Gemeinderatsmitglieder, die Arbeiter oder Angestellte sind, haben außerdem Anspruch auf Ersatz des nachgewiesenen Verdienstaufschalls. ²Selbstständig Tätige erhalten eine Pauschalentschädigung von 50 EUR je volle Stunde für den Verdienstaufschall, der durch Zeitverschämnis ihrer beruflichen Tätigkeit entstanden ist. ³Sonstige Gemeinderatsmitglieder, denen im beruflichen oder häuslichen Bereich ein Nachteil entsteht, der in der Regel nur durch das Nachholen verschämter Arbeit oder die Inanspruchnahme einer Hilfskraft ausgeglichen werden kann, erhalten auf entsprechenden Nachweis eine Pauschalentschädigung von 15,00 EUR je volle Stunde. ⁴Die Ersatzleistungen nach diesem Absatz werden nur auf Antrag gewährt.

(4) Gemeinderatsmitglieder, die die Bürgermeister gemäß § 16 Abs. 2 der Geschäftsordnung vertreten, erhalten pro Tag der Vertretung eine Entschädigung von 30,00 EUR.

(5) Gemeinderatsmitglieder, die als Fraktionsvorsitzende benannt sind, erhalten eine monatliche Entschädigung von 50,00 EUR.

(6) Die vom Gemeinderat bestellten Jugendbeauftragten und Seniorenbeauftragten erhalten eine monatliche Pauschale zur Abgeltung des mit ihrem jeweiligen Amt verbundenen Aufwands; die monatliche Pauschale beträgt 50,00 EUR.

(7) Die Entschädigungen nach den Absätzen 2 bis 6 werden nebeneinander gewährt.

(8) Die ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder sowie die Jugendbeauftragten und Seniorenbeauftragten erhalten für auswärtige Tätigkeit Reisekosten und Tagegelder nach den Bestimmungen des Bayerischen Reisekostengesetzes.

§ 4

Erster Bürgermeister, erste Bürgermeisterin

Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin ist Beamter bzw. Beamtin auf Zeit. ist

§ 5

Weiterer Bürgermeister oder weitere Bürgermeisterin

Der zweite Bürgermeister oder die zweite Bürgermeisterin ist Ehrenbeamter bzw. Ehrenbeamtin.

§ 6

Inkrafttreten

¹Diese Satzung tritt mit Wirkung vom 1. Mai 2020 in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts vom 24. Juli 2014 außer Kraft.

(Ausfertigung)“

Anwesend: 17 / mit 17 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 15 - Besetzung der Ausschüsse; Benennung der Ausschussmitglieder und ihrer Stellvertreter

Zur Besetzung der Ausschüsse (Haupt- und Finanzausschuss, Bauausschuss, Ausschuss für Klima-, Energie- und Umweltfragen, Generationen-, Sport- und Kulturausschuss, Ferienausschuss und Rechnungsprüfungsausschuss) mit Ausschussmitgliedern und Stellvertretern liegen vollständige Vorschläge der Fraktionen vor.

Aus dem Gremium wird vorgeschlagen, **GRM Wolfgang Meyer** zum Vorsitzenden des Rechnungsprüfungsausschusses zu bestellen. Darüber lässt der **Vorsitzende** abstimmen:

Anwesend: 17 / mit 17 gegen 0 Stimmen

Ebenso liegen Vorschläge vor, Hans-Jürgen Leyh und Manfred Winkelmann als Seniorenbeauftragte sowie Noah Schäfer und Moritz Zelkowicz als Jugendbeauftragte zu bestellen. Die Genannten haben sich bereiterklärt, diese Funktionen zu übernehmen.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Die Ausschüsse werden wie folgt besetzt:

Haupt- und Finanzausschuss

Fraktion	Mitglied	1. Vertreter
CSU	Johannes Eger	Hans-Jürgen Leyh
CSU	Andrea Horner-Schmid	Dr. Stephan Junger
Grüne	Lea Beifuß	Christian Dirsch
SPD	Johannes Karl	Jessica Braun
FW	Wolfgang Meyer	Dr. Marcus Schuck

Bauausschuss

Fraktion	Mitglied	1. Vertreter
CSU	Hans-Jürgen Leyh	Dr. Isabelle Buchheidt-Dörfler
CSU	Jürgen Zeilmann	Johannes Eger
Grüne	Gabriele Dirsch	Lea Beifuß
SPD	Moritz Zelkowicz	Johannes Karl
FW	Dr. Marcus Schuck	Wolfgang Meyer

Ausschuss für Klima-, Energie- und Umweltfragen

Vorsitzender: Zweiter Bürgermeister Johannes Karl

Fraktion	Mitglied	1. Vertreter
CSU	Christiane Bayer	Jürgen Zeilmann
CSU	Dr. Stephan Junger	Dr. Isabelle Buchheidt-Dörfler
Grüne	Mara Kortmann	Gabriele Dirsch
SPD	Jessica Braun	Moritz Zelkowicz
FW	Dr. Marcus Schuck	Wolfgang Meyer

Generationen-, Sport- und Kulturausschuss

Fraktion	Mitglied	1. Vertreter
CSU	Dr. Isabelle Buchheidt-Dörfler	Dr. Stephan Junger
CSU	Christiana Bayer	Jürgen Zeilmann
Grüne	Mara Kortmann	Lea Beifuß
SPD	Jessica Braun	Moritz Zelkowicz
FW	Dr. Marcus Schuck	Wolfgang Meyer

Rechnungsprüfungsausschuss

Vorsitzender: Wolfgang Meyer

Fraktion	Mitglied	1. Vertreter
CSU	Dr. Stephan Junger	Andrea Horner-Schmid
CSU	Jürgen Zeilmann	Johannes Eger
Grüne	Lea Beifuß	Christian Dirsch
SPD	Jessica Braun	Moritz Zelkowicz
FW	Dr. Marcus Schuck	

Ferienausschuss

Fraktion	Mitglied	1. Vertreter
CSU	Johannes Eger	Hans-Jürgen Leyh
CSU	Andrea Horner-Schmid	Dr. Stephan Junger
Grüne	Lea Beifuß	Christian Dirsch
SPD	Johannes Karl	Jessica Braun
FW	Wolfgang Meyer	Dr. Marcus Schuck

Als **Seniorenbeauftragte** werden Hans-Jürgen Leyh und Manfred Winkelmann bestellt.

Als **Jugendbeauftragte** werden Noah Schäfer und Moritz Zelkowicz bestellt.

Anwesend: 17 / mit 17 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 16 - Erlass einer Geschäftsordnung für den Gemeinderat und seine Ausschüsse für die Amtszeit 2020/26

Gemäß Art. 45 Gemeindeordnung (GO) ist der Gemeinderat verpflichtet, sich eine Geschäftsordnung zu geben. Die Geschäftsordnung muss Bestimmungen zu den Aufgaben (Zuständigkeit und Entscheidungskompetenz) und zum Geschäftsgang der Gremien (Gemeinderat und Ausschüsse) sowie zu Form und Frist der Ladung zu deren Sitzungen enthalten.

Außerdem grenzt die Geschäftsordnung auch die Zuständigkeiten von erstem Bürgermeister und den Gremien gegeneinander ab.

Weiterhin muss sie die Art und Weise der amtlichen Bekanntmachung (von öffentlichen Sitzungen, der gemeindlichen Rechtsvorschriften, zur Verfahrensbeteiligung der Öffentlichkeit usw.) regeln.

Die Geschäftsordnung hat den rechtlichen Charakter lediglich eines Gemeinderatsbeschlusses und kann so auch jederzeit durch einen Beschluss geändert werden. Sie gilt nur für die laufende Wahlperiode des Gemeinderats.

Der zur Beschlussfassung empfohlene Entwurf der Geschäftsordnung orientiert sich sowohl an der bisherigen Geschäftsordnung als auch an dem vom Bayerischen Gemeindetag empfohlenen „Muster für größere Gemeinden“, das eine (verstärkte) Ausschussarbeit vorsieht.

Zu dem TOP liegen Änderungsvorschläge der Fraktion B90/Die Grünen vor, die beigelegt sind.

Die in diesem Antrag angeführten Änderungen sowie weitere Änderungsvorschläge der Fraktion B 90/Grüne wurden, soweit sie nicht bereits in die zum Beschluss vorliegende Geschäftsordnung aufgenommen wurden, im Gremium besprochen.

Einstimmig wurde beschlossen, § 11 Abs. 4 1. Satz wie folgt zu ergänzen:

Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin führt eine mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmte Projektliste über die vorrangigen Angelegenheiten, die den Projektstand beinhaltet.

Für die Wahl der Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen der Bürgermeister werden folgende Vorschläge abgegeben:

Lea Beifuß

Hans-Jürgen Leyh

Wolfgang Meyer

Die Abstimmung über diese Vorschläge bringt folgendes Ergebnis:

erster weiterer Stellvertreter: Hans-Jürgen Leyh

zweiter weiterer Stellvertreter: Wolfgang Meyer

In Unterabstimmungen wird mehrheitlich beschlossen, weitere Änderungen nicht in die Geschäftsordnung zu übernehmen.

GRM Braun stellt folgenden Antrag:

Der Gemeinderat erteilt dem Ausschuss für Klima-, Energie- und Umweltfragen einen Arbeitsauftrag. Der Ausschuss soll eine Entscheidungshilfe für den Gemeinderat erarbeiten, welche Auswirkungen die Entscheidungen des Gemeinderates haben auf die Umwelt und eine Bewertung der Aktivitäten im Hinblick auf ihre Klimawirkung abgeben.

GRM Karl ergänzt, die Fraktionen sollen Vorschläge unterbreiten, die messbar, nachvollziehbar und für die Verwaltung einfach umsetzbar sind.

Darüber lässt der **Vorsitzende** abstimmen:

Anwesend: 17 / mit 17 gegen 0 Stimmen

Nach ausführlicher Beratung fasst der Gemeinderat folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat von Bubenreuth gibt sich folgende Geschäftsordnung:

**„Geschäftsordnung für den Gemeinderat von Bubenreuth
(Geschäftsordnung – GeschO)**

Inhaltsverzeichnis

A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben	31
I. Der Gemeinderat	
§ 1 Zuständigkeit im Allgemeinen	31
§ 2 Aufgabenbereich des Gemeinderats	31
II. Die Gemeinderatsmitglieder	33
§ 3 Rechtsstellung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder, Befugnisse	33
§ 4 Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien	33
§ 5 Fraktionen, Ausschussgemeinschaften	34
III. Die Ausschüsse	34
1. Allgemeines	34
§ 6 Bildung, Vorsitz, Auflösung	34
2. Aufgaben der Ausschüsse	36
§ 7 Vorberatende Ausschüsse	36

§ 8 Beschließende Ausschüsse	37
§ 9 Rechnungsprüfungsausschuss	38
IV. Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin	38
1. Aufgaben	39
§ 10 Vorsitz im Gemeinderat	39
§ 11 Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines	39
§ 12 Einzelne Aufgaben	40
§ 13 Vertretung der Gemeinde nach außen	42
§ 14 Abhalten von Bürgerversammlungen	42
§ 15 Sonstige Geschäfte	14
2. Stellvertretung	43
§ 16 Weitere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, weitere Stellvertretung, Aufgaben	43
B. Der Geschäftsgang	44
I. Allgemeines	44
§ 17 Verantwortung für den Geschäftsgang	44
§ 18 Sitzungen, Beschlussfähigkeit	44
§ 19 Öffentliche Sitzungen	44
§ 20 Nichtöffentliche Sitzungen	45
II. Vorbereitung der Sitzungen	45
§ 21 Einberufung	45
§ 22 Tagesordnung	46
§ 23 Form und Frist für die Einladung	46
§ 24 Anträge	47
III. Sitzungsverlauf	47
§ 25 Eröffnung der Sitzung	47
§ 26 Eintritt in die Tagesordnung	48
§ 27 Beratung der Sitzungsgegenstände	48
§ 28 Abstimmung	21
§ 29 Wahlen	50
§ 30 Anfragen	50
§ 31 Beendigung der Sitzung	50
IV. Sitzungsniederschrift	51
§ 32 Form und Inhalt	51
§ 33 Einsichtnahme und Abschrifterteilung	51
V. Geschäftsgang der Ausschüsse	52
§ 34 Anwendbare Bestimmungen	52

VI. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen	25
§ 35 Art der Bekanntmachung	52
C. Schlussbestimmungen	53
§ 36 Änderung der Geschäftsordnung	53
§ 37 Verteilung der Geschäftsordnung	53
§ 38 Inkrafttreten	53

Der Gemeinderat von Bubenreuth gibt sich aufgrund des Art. 45 Abs. 1 der Gemeindeordnung für den Freistaat Bayern (GO) folgende

Geschäftsordnung:

A. Die Gemeindeorgane und ihre Aufgaben

I. Der Gemeinderat

§ 1

Zuständigkeit im Allgemeinen

(1) Der Gemeinderat beschließt über alle Angelegenheiten des eigenen und des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht ausdrücklich beschließenden Ausschüssen übertragen sind oder aufgrund Gesetz bzw. Übertragung durch den Gemeinderat in die Zuständigkeit des ersten Bürgermeisters oder der ersten Bürgermeisterin fallen.

(2) ¹Der Gemeinderat überträgt die in § 7 genannten Angelegenheiten vorberatenden Ausschüssen zur Vorbereitung der Gemeinderatsentscheidungen und die in § 8 genannten Angelegenheiten beschließenden Ausschüssen zur selbstständigen Erledigung. ²Er kann sich die Behandlung und Entscheidung im Einzelfall vorbehalten, wenn das die Bedeutung der Angelegenheit erfordert.

§ 2

Aufgabenbereich des Gemeinderats

Der Gemeinderat ist insbesondere für folgende Angelegenheiten zuständig:

1. die Beschlussfassung zu Bestands- oder Gebietsänderungen der Gemeinde und zu Änderungen des Namens der Gemeinde oder eines Gemeindeteils (Art. 2 und 11 GO),

2. die Entscheidung über Ehrungen, insbesondere die Verleihung und die Aberkennung des Ehrenbürgerrechts (Art. 16 GO),
3. die Bildung und die Zusammensetzung der Ausschüsse sowie die Zuteilung der Aufgaben an diese (Art. 32, 33 GO),
4. die Aufstellung von Richtlinien für laufende Angelegenheiten nach Art. 37 Abs. 1 Satz 2 GO,
5. die Verteilung der Geschäfte unter die Gemeinderatsmitglieder (Art. 46 Abs. 1 Satz 2 GO),
6. die Wahlen (Art. 51 Abs. 3 und 4 GO),
7. die Beschlussfassung über Angelegenheiten, zu deren Erledigung die Gemeinde der Genehmigung bedarf,
8. den Erlass, die Änderung und die Aufhebung von Satzungen und Verordnungen,
9. die Beschlussfassung über die allgemeine Regelung der Bezüge der Gemeindebediensteten und über beamten-, besoldungs-, versorgungs- und disziplinarrechtliche Angelegenheiten der Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen und der berufsmäßigen Gemeinderatsmitglieder, soweit nicht das Gesetz über kommunale Wahlbeamte und Wahlbeamtinnen oder das Bayerische Disziplinargesetz etwas anderes bestimmen,
10. die Beschlussfassung über die Haushaltssatzung und über die Nachtragshaushaltssatzungen (Art. 65 und 68 GO),
11. die Beschlussfassung über den Finanzplan (Art. 70 GO),
12. die Feststellung der Jahresrechnung sowie die Beschlussfassung über die Entlastung (Art. 102 GO),
13. die Entscheidungen im Sinne von Art. 96 Abs. 1 Satz 1 GO über gemeindliche Unternehmen,
14. die Benennung und Abberufung des oder der behördlichen Datenschutzbeauftragten,
15. die Entscheidung über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens (Art. 18 a Abs. 8 GO) und die Durchführung eines Bürgerentscheids (Art. 18 a Abs. 2, Abs. 10 GO),
16. die allgemeine Festsetzung von Gebühren, Tarifen und Entgelten,
17. die Beschlussfassung über die Beteiligung an Zweckverbänden und, soweit hoheitliche Befugnisse übertragen werden, über den Abschluss von Zweckvereinbarungen,
18. die grundsätzlichen Angelegenheiten eigener gemeindlicher Planungen, z.B. der Bauleitplanung (Flächennutzungsplanung und Bebauungsplanung), der Ortsplanung, des Straßenverkehrsrechts und der Verkehrsplanung, der Landschaftsplanung und der Landesplanung, der Gewässerplanung und gemeindeübergreifender Planungen und Projekte,
19. die Namensgebung für Straßen, Schulen und sonstige öffentliche Einrichtungen,
20. der Vorschlag, die Entsendung und die Abberufung von Vertretern der Gemeinde in andere Organisationen und Einrichtungen,
21. die Beschlussfassung über die Vereinbarung einer kommunalen Partnerschaft,

22. die grundsätzlichen Angelegenheiten gemeindlich verwalteter Stiftungen, insbesondere Änderungen des Stiftungszwecks,

II. Die Gemeinderatsmitglieder

§ 3

Rechtsstellung der ehrenamtlichen Gemeinderatsmitglieder, Befugnisse

- (1) Gemeinderatsmitglieder üben ihre Tätigkeit nach ihrer freien, nur durch die Rücksicht auf das öffentliche Wohl bestimmten Überzeugung aus und sind an Aufträge nicht gebunden.
- (2) Für die allgemeine Rechtsstellung der Gemeinderatsmitglieder (Teilnahmepflicht, Sorgfalts- und Verschwiegenheitspflicht, Geheimhaltungspflicht, Ausschluss wegen persönlicher Beteiligung, Geltendmachung von Ansprüchen Dritter, Ablehnung, Niederlegung und Verlust des Amtes) gelten die Art. 48 Abs. 1, Art. 20 Abs. 1 bis 3, Art. 56a, Art. 49, 50, 48 Abs. 3 GO sowie Art. 47 bis Art. 49 Gemeinde- und Landkreiswahlgesetz.
- (3) Der Gemeinderat kann zur Vorbereitung seiner Entscheidungen durch besonderen Beschluss einzelnen seiner Mitglieder bestimmte Aufgabengebiete (Referate) zur Bearbeitung zuteilen und sie insoweit mit der Überwachung der gemeindlichen Verwaltungstätigkeit betrauen (Art. 46 Abs. 1 Satz 2, Art. 30 Abs. 3 GO).
- (4) Zur Ausübung von Verwaltungsbefugnissen sind Gemeinderatsmitglieder nur berechtigt, soweit ihnen der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin im Rahmen der Geschäftsverteilung nach Anhörung der weiteren Bürgermeister oder Bürgermeisterinnen einzelne Befugnisse (§§ 11 bis 15) überträgt (Art. 39 Abs. 2 GO).
- (5) ¹Gemeinderatsmitglieder, die eine Tätigkeit nach Absatz 3 oder 4 ausüben, haben ein Recht auf Akteneinsicht innerhalb ihres Aufgabenbereichs. ²Zur Vorbereitung von Tagesordnungspunkten der nächsten Sitzung erhält jedes Gemeinderatsmitglied nach vorheriger Terminvereinbarung das Recht zur Einsicht in die entscheidungserheblichen Unterlagen, sofern Gründe der Geheimhaltung nicht entgegenstehen. ³Im Übrigen haben Gemeinderatsmitglieder ein Recht auf Akteneinsicht, wenn sie vom Gemeinderat durch Beschluss mit der Einsichtnahme beauftragt werden. ⁴Das Verlangen zur Akteneinsicht ist gegenüber dem ersten Bürgermeister oder der ersten Bürgermeisterin geltend zu machen.

§ 4

Umgang mit Dokumenten und elektronischen Medien

- (1) ¹Der Verschwiegenheitspflicht unterfallende schriftliche und elektronische Dokumente sind so aufzubewahren, dass sie dem unbefugten Zugriff Dritter entzogen sind. ²Im Umgang mit solchen Dokumenten beachten die Gemeinderatsmitglieder Geheimhaltungsinteressen und den Datenschutz. ³Werden diese Dokumente für die Tätigkeit als Gemeinderatsmitglied nicht mehr benötigt, sind sie zurückzugeben oder datenschutzkonform zu vernichten bzw. zu löschen.
- (2) ¹Beschlussvorlagen sind interne Ausarbeitungen der Verwaltung für den Gemeinderat. ²Eine Veröffentlichung der Beschlussvorlagen und weiterer Sitzungsunterlagen durch Gemeinderatsmit-

glieder ist nur zulässig, wenn der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin und der Gemeinderat unter Berücksichtigung des Datenschutzes zugestimmt haben und die Unterlagen nur Tatsachen enthalten, die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen. ³Die Veröffentlichung von Beschlussvorlagen und weiteren Sitzungsunterlagen zu nichtöffentlichen Sitzungen ist nicht zulässig.

(3) Die Gemeinderatsmitgliederteilen dem ersten Bürgermeister oder der ersten Bürgermeisterin schriftlich eine elektronische Adresse mit, an die Einladungen im Sinne des § 23 übersandt bzw. von der Anträge im Sinne des § 24 versandt werden.

(4) ¹Die Nutzung elektronischer Medien während der Sitzung darf nur zum Zweck und im Interesse der Sitzungsteilnahme erfolgen. ²Für die Fertigung von Ton- und Bildaufnahmen durch Gemeinderatsmitglieder gelten § 19 Abs. 2 Sätze 3 und 4 entsprechend.

§ 5

Fraktionen, Ausschussgemeinschaften

(1) ¹Gemeinderatsmitglieder können sich zur Erreichung gemeinsamer Ziele zu Fraktionen zusammenschließen. ²Eine Fraktion muss mindestens zwei Mitglieder haben. ³Die Bildung und Bezeichnung der Fraktionen sowie deren Vorsitzende und ihre Stellvertretung sind dem ersten Bürgermeister oder der ersten Bürgermeisterin mitzuteilen; dieser oder diese unterrichtet den Gemeinderat. ⁴Satz 3 gilt entsprechend für während der Wahlzeit eintretende Änderungen des Stärkeverhältnisses der Fraktionen und Gruppen (Art. 33 Abs. 3 GO).

(2) ¹Einzelne Gemeinderatsmitglieder und kleine Gruppen oder Fraktionen, die aufgrund ihrer eigenen Stärke keine Vertretung in den Ausschüssen erreichen würden, können sich zur Entsendung gemeinsamer Vertreter in die Ausschüsse zusammenschließen (Ausschussgemeinschaften; Art. 33 Abs. 1 Satz 5 GO). ²Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

III. Die Ausschüsse

1. Allgemeines

§ 6

Bildung, Vorsitz, Auflösung

(1) ¹In den Ausschüssen nach § 2 der Satzung zur Regelung von Fragen des örtlichen Gemeindeverfassungsrechts sind die den Gemeinderat bildenden Fraktionen und Gruppen unter Berücksichtigung von Ausschussgemeinschaften gemäß ihren Vorschlägen nach dem Verhältnis ihrer Stärke vertreten (Art. 33 Abs. 1 Satz 2 GO). ²Die Sitze werden nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers verteilt. ³Dabei wird die Zahl der Gemeinderatssitze jeder Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft nacheinander so lange durch 1, 3, 5, 7 und so weiter geteilt, bis so viele Teilungszahlen ermittelt sind, wie Ausschusssitze zu vergeben sind. ⁴Jeder Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft wird sodann der Reihe nach so oft ein Sitz zugeteilt, wie sie jeweils die höchste Teilungszahl aufweist. ⁵Haben Fraktionen oder Gruppen den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet die größere Zahl der bei der Gemeinderatswahl auf die

Wahlvorschläge der betroffenen Parteien oder Wählergruppen abgegebenen Stimmen; bei Beteiligung einer Ausschussgemeinschaft entscheidet das Los. ⁶Wird durch den Austritt oder Übertritt von Gemeinderatsmitgliedern das ursprüngliche Stärkeverhältnis der im Gemeinderat vertretenen Fraktionen und Gruppen verändert, so sind diese Änderungen nach den Sätzen 2 bis 4 auszugleichen; haben danach Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften den gleichen Anspruch auf einen Ausschusssitz, so entscheidet das Los. ⁷Das in Satz 2 festgelegte Verfahren ist ausgeschlossen, wenn die Sitzverteilung im Einzelfall zu einer Überaufrundung einer Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft zu Lasten einer anderen führt und diese Überaufrundung durch alternative Verfahren (Hare-Niemeyer oder d'Hondt) vermieden wird, ohne dass jene Verfahren zu einer Unterrepräsentation anderer Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften in Bezug auf deren rechnerische Sitzanteile führen. ⁸Eine Überaufrundung im Sinne von Satz 7 liegt vor, wenn das Berechnungsverfahren bei einer Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft eine Aufrundung um mehr als 0,99 der dieser nach der strengen Proportionalberechnung zustehenden Anzahl der Ausschusssitze bewirkt oder bewirken kann. ⁹Bei Anwendung des alternativen Verfahrens nach Hare-Niemeyer wird die Zahl der Gemeinderatssitze jeder Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft mit der Zahl der zu vergebenden Ausschusssitze multipliziert und durch die Gesamtzahl der Gemeinderatssitze geteilt; jede Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft erhält zunächst so viele Sitze, wie ganze Zahlen auf sie entfallen; die weiteren zu vergebenden Sitze sind in der Reihenfolge der höchsten Zahlenbruchteile, die sich bei der Berechnung ergeben, auf die Fraktionen, Gruppen oder Ausschussgemeinschaften zu verteilen. ¹⁰Bei Anwendung des alternativen Verfahrens nach d'Hondt wird die Zahl der Gemeinderatssitze jeder Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft nacheinander so lange durch 1, 2, 3, 4 und so weiter geteilt, bis so viele Teilungszahlen ermittelt sind, wie Ausschusssitze zu vergeben sind; jeder Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft wird sodann der Reihe nach so oft ein Sitz zugeteilt, wie sie jeweils die höchste Teilungszahl aufweist.

(2) Für die Mitglieder eines Ausschusses werden für den Fall ihrer Verhinderung je Fraktion, Gruppe oder Ausschussgemeinschaft auf deren Vorschlag stellvertretende Mitglieder in einer bestimmten Reihenfolge namentlich bestellt.

(3) ¹Den Vorsitz in den Ausschüssen führt der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin, einer seiner oder ihrer Stellvertreter oder ein vom ersten Bürgermeister oder der ersten Bürgermeisterin bestimmtes Gemeinderatsmitglied (Art. 33 Abs. 2 Satz 1 GO). ²Ist die den Vorsitz übernehmende Person bereits Mitglied des Ausschusses, nimmt deren Vertreter für die Dauer der Übertragung den Sitz im Ausschuss ein (Art. 33 Abs. 2 Satz 2 GO). ³Den Vorsitz im Rechnungsprüfungsausschuss führt ein vom Gemeinderat bestimmtes Ausschussmitglied (Art. 103 Abs. 2 GO).

(4) Der Gemeinderat kann Ausschüsse jederzeit auflösen (Art. 32 Abs. 5 GO); das gilt nicht für Ausschüsse, die gesetzlich vorgeschrieben sind.

2. Aufgaben der Ausschüsse

§ 7

Vorberatende Ausschüsse

(1) ¹Vorberatende Ausschüsse haben die Aufgabe, die ihnen übertragenen Gegenstände für die Beratung in der Vollversammlung des Gemeinderats vorzubereiten und einen Beschlussvorschlag zu unterbreiten. ²Berührt eine Angelegenheit das Arbeitsgebiet mehrerer vorberatender Ausschüsse, können diese zu gemeinsamen Sitzungen zusammentreten.

(2) Es werden folgende vorberatende Ausschüsse mit nachstehendem Aufgabenbereich gebildet:

1. Haupt- und Finanzausschuss:

Vorbereitung der Haushaltssatzung und der Nachtragshaushaltssatzung einschließlich Anlagen und Bestandteilen

2. Bauausschuss:

- a) Angelegenheiten des Verkehrswesens und der Verkehrsplanung,
- b) Angelegenheiten der Land- und Forstwirtschaft,
- c) gemeindliche Baumaßnahmen,
- d) grundsätzliche Fragen des Straßenverkehrsrechts, Verkehrsplanungen
- e) Angelegenheiten des Bauplanungs- und Bauordnungsrechts (Lenkungsgruppe Ortsentwicklung)

3. Ausschuss für Klima-, Energie- und Umweltfragen

- a) Angelegenheiten des Natur-, Umwelt- und Artenschutzes einschließlich Umweltverträglichkeitsprüfungen,
- b) Angelegenheiten des Klima- und Immissionsschutzes,
- c) Angelegenheiten der Energieversorgung und der Energiewende, insbesondere Energiesparmaßnahmen,

4. Generationen-, Sport- und Kulturausschuss

- a) Angelegenheiten der Kinder- und Jugendarbeit, insbesondere auch der Betreuung von Kindern und Jugendlichen (Mittagsbetreuung, Ferienbetreuung, Kindertagesstätten),
- b) Angelegenheiten der Seniorenarbeit,
- c) Angelegenheiten des Sports, jedoch ohne Gewährung von Zuschüssen an Sportvereine,
- d) Kulturelle Angelegenheiten einschließlich Angelegenheiten der Gemeindebücherei, der Jugendmusikstätte und der Brauchtumpflege.
- e) Schulwesen.

§ 8**Beschließende Ausschüsse**

(1) Beschließende Ausschüsse erledigen die ihnen übertragenen Angelegenheiten selbstständig anstelle des Gemeinderats

(2) ¹Die Entscheidungen beschließender Ausschüsse stehen unbeschadet Art. 88 GO unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durch den Gemeinderat. ²Eine Nachprüfung muss nach Art. 32 Abs. 3 GO erfolgen, wenn der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin oder dessen oder deren Stellvertreter oder Stellvertreterin im Ausschuss, ein Drittel der stimmberechtigten Ausschussmitglieder oder ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder die Nachprüfung durch den Gemeinderat beantragt. ³Der Antrag muss schriftlich, spätestens am siebten Tag nach der Ausschusssitzung beim ersten Bürgermeister oder bei der ersten Bürgermeisterin eingehen. ⁴Soweit Beschlüsse die Rechte Dritter berühren, werden sie erst nach Ablauf einer Frist von einer Woche wirksam.

(3) Die beschließenden Ausschüsse haben im Einzelnen folgende Aufgabenbereiche:

1. Haupt- und Finanzausschuss:

a) Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde, soweit sie keinem anderen Ausschuss übertragen sind:

- die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln bis zu einem Betrag von 150.000 € im Einzelfall,
- der Erlass, die Niederschlagung, die Stundung und die Aussetzung der Vollziehung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:
 - Erlass 5.000 €
 - Niederschlagung 15.000 €
 - Stundung (Laufzeit über einem Jahr) 15.000 €
 - Stundung (Laufzeit bis zu einem Jahr) 30.000 €
 - Aussetzung der Vollziehung 15.000 €
- die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 30.000 € und über außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 15.000 € im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),
- Entscheidungen jeder Art mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstiger Rechtsgeschäfte sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde, bis zu einem Betrag oder – falls dieser nicht feststeht – einer Wertgrenze oder einem geschätzten Auftragswert von 30.000 €,
- die Gewährung von Zuschüssen, auch in der Form unentgeltlicher Nutzungsüberlassung von Räumen, an Vereine und Verbände bis zu einem Betrag von 30.000 € je Einzelfall,
- Grundsätze für Geldanlagen, für Kreditaufnahmen und für den An- und Verkauf von Wertpapieren,

b) Personalangelegenheiten der gemeindlichen Beamten und Beamtinnen ab Besoldungsgruppe A9 und der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ab Entgeltgruppe 9b des TVöD oder ab

einem entsprechenden Entgelt oder einem entsprechenden Entgelt mit Ausnahme der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen und der berufsmäßigen Gemeinderatsmitglieder; die Befugnisse nach Art. 43 Abs. 1 Satz 1 GO werden insoweit hiermit vom Gemeinderat übertragen (Art. 43 Abs. 1 Satz 2 GO); Abs. 3 Nr. 3 bleibt unberührt,

- c) die Entscheidung über Altersteilzeit der Gemeindebediensteten,
 - d) personenbezogene Entscheidungen, zu denen die Gemeinde in sonstiger Weise berufen ist, z.B. Bestätigung des Feuerwehrkommandanten oder der Feuerwehrkommandantin, Vorschlag von Schöffen und Schöffinnen usw.,
 - e) die Beschaffung von Dienstfahrzeugen für Bürgermeister und Bürgermeisterinnen,
 - f) Abschluss von Zweckvereinbarungen ohne Befugnisübertragungen,
- soweit nicht der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin dafür zuständig ist.

2. Bauausschuss:

- a) Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens und sonstiger Zustimmungen zu Bauvorhaben, wenn und soweit sie nicht im Außenbereich errichtet werden sollen,
- b) Ausübung von Vorkaufsrechten,
- c) Entscheidungen über Widmungen nach Straßen- und Wegerecht,
- d) Umlegungsverfahren, Grenzregelungsverfahren,
- e) Entscheidungen in Mobilfunkanlagen,
- f) Vergabe von Aufträgen für Bauvorhaben der Gemeinde bis zu einer Wertgrenze von 50.000 € im Rahmen vorhandener Haushaltsmittel,
- g) Wahrnehmung der Beteiligtenrechte in Raumordnungs- und Planfeststellungsverfahren sowie in der Bauleitplanung anderer Gemeinden, wenn und soweit keine wesentliche Beeinträchtigung gemeindlicher Belange zu erwarten ist.

soweit nicht der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin dafür zuständig ist.

(4) Bei wiederkehrenden Leistungen ist für die Bemessung von Beträgen oder Wertgrenzen nach Abs. 3 der Zeitraum maßgeblich, für den die rechtliche Bindung bestehen soll; ist dieser Zeitraum nicht bestimmbar, so ist der fünffache Jahresbetrag anzusetzen.

§ 9

Rechnungsprüfungsausschuss

Der Rechnungsprüfungsausschuss prüft die Jahresrechnung (örtliche Rechnungsprüfung, Art. 103 Abs. 1 GO).

IV. Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin

1. Aufgaben

§ 10

Vorsitz im Gemeinderat

(1) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin führt den Vorsitz im Gemeinderat (Art. 36 GO). ²Er oder sie bereitet die Beratungsgegenstände vor und beruft die Sitzungen ein (Art. 46 Abs. 2 GO). ³In den Sitzungen leitet er oder sie die Beratung und die Abstimmung, handhabt die Ordnung und übt das Hausrecht aus (Art. 53 Abs. 1 GO).

(2) ¹Hält der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin Entscheidungen des Gemeinderats oder eines beschließenden Ausschusses für rechtswidrig, verständigt er oder sie den Gemeinderat oder den Ausschuss von seiner oder ihrer Auffassung und setzt den Vollzug vorläufig aus. ²Wird die Entscheidung aufrechterhalten, führt er oder sie die Entscheidung der Rechtsaufsichtsbehörde herbei (Art. 59 Abs. 2 GO).

§ 11

Leitung der Gemeindeverwaltung, Allgemeines

(1) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin leitet und verteilt im Rahmen der Geschäftsordnung die Geschäfte (Art. 46 Abs. 1 GO). ²Er oder sie kann dabei einzelne seiner oder ihrer Befugnisse den weiteren Bürgermeistern und Bürgermeisterinnen, nach deren Anhörung auch einem Gemeinderatsmitglied und in den Angelegenheiten der laufenden Verwaltung Bediensteten der Gemeinde übertragen (Art. 39 Abs. 2 GO). ³Zur Übertragung von Befugnissen auf Bedienstete im Sinne des Art. 39 Abs. 2 Halbsatz 2 GO wird die Zustimmung des Gemeinderates hiermit allgemein erteilt. ⁴Geschäftsverteilung und Befugnisregelung sollen übereinstimmen.

(2) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin vollzieht die Beschlüsse des Gemeinderats und seiner Ausschüsse (Art. 36 GO). ²Über Hinderungsgründe unterrichtet er oder sie den Gemeinderat oder den Ausschuss unverzüglich.

(3) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin führt die Dienstaufsicht über die Gemeindebediensteten und übt die Befugnisse des oder der Dienstvorgesetzten gegenüber den Gemeindebeamten und Gemeindebeamtinnen aus (Art. 37 Abs. 4, Art. 43 Abs. 3 GO). ²Art. 88 Abs. 3 Satz 3 GO bleibt unberührt.

(4) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin führt eine mit den Fraktionsvorsitzenden abgestimmte Projektliste über die vorrangigen Angelegenheiten, die den Projektstand beinhalten. ²Die Liste ist für die Gemeinderatsmitglieder im Ratsinformationssystem zur Einsichtnahme bereitgestellt.

(5) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin verpflichtet die weiteren Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen schriftlich, alle Angelegenheiten geheim zu halten, die im Interesse der Sicherheit oder anderer wichtiger Belange der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder Unbefugten nicht bekannt werden dürfen. ²In gleicher Weise verpflichtet er oder sie Gemeinderatsmitglieder und Gemeindebedienstete, bevor sie mit derartigen Angelegenheiten befasst werden (Art. 56a GO).

§ 12**Einzelne Aufgaben**

(1) Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin erledigt in eigener Zuständigkeit

1. die laufenden Angelegenheiten, die für die Gemeinde keine grundsätzliche Bedeutung haben und keine erheblichen Verpflichtungen erwarten lassen (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 GO),
2. die den Gemeinden durch ein Bundesgesetz oder auf Grund eines Bundesgesetzes übertragenen hoheitlichen Aufgaben in Angelegenheiten der Verteidigung einschließlich des Wehrersatzwesens und des Schutzes der Zivilbevölkerung, soweit nicht für haushalts- oder personalrechtliche Entscheidungen der Gemeinderat zuständig ist (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO),
3. die Angelegenheiten, die im Interesse der Sicherheit der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder geheim zu halten sind (Art. 37 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 GO),
4. die ihm vom Gemeinderat nach Art. 37 Abs. 2 Satz 1 GO übertragenen Angelegenheiten,
5. die Entscheidung über die Ernennung, Beförderung, Abordnung, Versetzung, Zuweisung an eine Einrichtung, Ruhestandsversetzung und Entlassung von Beamten und Beamtinnen bis zur Besoldungsgruppe A 8 (Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GO),
6. die Entscheidung über die Einstellung, Höhergruppierung (nicht nur vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit), Abordnung, Versetzung, Zuweisung an einen Dritten, Beschäftigung mittels Personalstellung und Entlassung von Arbeitnehmern und Arbeitnehmerinnen bis zur Entgeltgruppe 9a des TVöD oder bis zu einem entsprechenden Entgelt (Art. 43 Abs. 2 Satz 1 GO),
7. die vorübergehende Übertragung einer höher zu bewertenden Tätigkeit auf einen Arbeitnehmer oder eine Arbeitnehmerin im Geltungsbereich des TVöD oder eines entsprechenden Tarifvertrags,
8. dringliche Anordnungen und unaufschiebbare Geschäfte (Art. 37 Abs. 3 GO),
9. die Vertretung der Gemeinde in Unternehmen in Privatrechtsform (Art. 93 Abs. 1 GO).

(2) Zu den Aufgaben des ersten Bürgermeisters oder der ersten Bürgermeisterin gehören insbesondere auch:

1. in Personalangelegenheiten der Gemeindebediensteten:
 - a) der Vollzug zwingender gesetzlicher oder tarifrechtlicher Vorschriften,
 - b) Entscheidungen im Zusammenhang mit Nebentätigkeiten.
2. in allen Angelegenheiten mit finanziellen Auswirkungen für die Gemeinde:
 - a) die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln
 - im Vollzug zwingender Rechtsvorschriften und im Rahmen von Richtlinien des Gemeinderats, in denen die Leistungen nach Voraussetzung und Höhe festgelegt sind,
 - im Übrigen bis zu einem Betrag von 20.000 € im Einzelfall,

b) der Erlass, die Niederschlagung, die Stundung und die Aussetzung der Vollziehung von Abgaben, insbesondere von Steuern, Beiträgen und Gebühren sowie von sonstigen Forderungen bis zu folgenden Beträgen im Einzelfall:

- Erlass	2.000 €
- Niederschlagung	5.000 €
- Stundung (Laufzeit über einem Jahr)	5.000 €
- Stundung (Laufzeit bis zu einem Jahr)	15.000 €
- Aussetzung der Vollziehung	5.000 €

c) die Entscheidung über überplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 10.000 € und über außerplanmäßige Ausgaben bis zu einem Betrag von 5.000 € im Einzelfall, soweit sie unabweisbar sind und die Deckung gewährleistet ist (Art. 66 Abs. 1 Satz 1 GO),

d) Handlungen oder Unterlassen jeder Art mit Auswirkungen für die Gemeinde, insbesondere der Abschluss von Verträgen und sonstiger Rechtsgeschäfte sowie die Wahrnehmung von Rechten und Pflichten der Gemeinde, bis zu einem Betrag oder – falls dieser zum Zeitpunkt der Handlung oder des Unterlassens nicht feststeht – einer Wertgrenze oder einem geschätzten Auftragswert von 20.000 €,

e) Nachträge zu Verträgen und Rechtsgeschäften, die einzeln oder zusammen die ursprünglich vereinbarte Auftragssumme um nicht mehr als 10 %, insgesamt jedoch nicht mehr als 10.000 € erhöhen,

f) die Gewährung von Zuschüssen, auch in der Form unentgeltlicher Nutzungsüberlassung von Räumen, an Vereine und Verbände bis zu einem Betrag von 2.000 € je Einzelfall.

3. in allgemeinen Rechts- und Verwaltungsangelegenheiten:

a) die Behandlung von Rechtsbehelfen einschließlich Abhilfeverfahren, die Abgabe von Prozesserkklärungen einschließlich Klageerhebung, Einlegung von Rechtsmitteln und Abschluss von Vergleichen sowie die Erteilung des Mandats an einen Prozessbevollmächtigten oder eine Prozessbevollmächtigte, wenn die finanzielle Auswirkung auf die Gemeinde bzw., falls diese nicht bestimmbar, der Streitwert voraussichtlich 20.000 € nicht übersteigt und die Angelegenheit keine grundsätzliche Bedeutung hat,

b) Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, soweit sie nicht dem Gemeinderat oder einem Ausschuss vorbehalten sind (§§ 2, 8), insbesondere Staatsangehörigkeits- und Personenstandswesen, Meldewesen, Wahlrecht und Statistik, Gesundheits- und Veterinärwesen, öffentliches Versicherungswesen, Lastenausgleich.

4. in Bauangelegenheiten:

a) die Abgabe der Erklärung der Gemeinde nach Art. 58 Abs. 2 Nr. 5 bzw. die Mitteilung nach Art. 58 Abs. 3 Satz 4 BayBO,

b) die Behandlung der Anzeige nach Art. 57 Abs. 5 Satz 2 BayBO,

c) die Stellungnahme nach Art. 64 Abs. 1 Satz 2 BayBO bzw. die Erteilung des gemeindlichen Einvernehmens nach § 36 BauGB und Art. 63 Abs. 3 Satz 2 Halbsatz 1 BayBO für Gebäude der Gebäudeklassen 1 bis 3 sowie für bauliche Anlagen, die keine Gebäude sind, mit einer Höhe bis zu 10 m

- im Geltungsbereich eines Bebauungsplans nach § 30 Abs. 1 BauGB oder eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans nach § 30 Abs. 2 BauGB, soweit für das Vorhaben die Erteilung nur geringfügiger Ausnahmen und Befreiungen nach § 31 BauGB erforderlich ist,
- innerhalb eines im Zusammenhang bebauten Ortsteils,

d) die Zulassung von isolierten Abweichungen im Sinne des Art. 63 Abs. 3 Satz 1 BayBO,

e) die Erteilung von Negativzeugnissen nach § 28 Abs. 1 Satz 3 BauGB bei Nichtbestehen eines Vorkaufsrechts.

(3) Bei wiederkehrenden Leistungen ist für die Bemessung von Wertgrenzen nach Abs. 2 der Zeitraum maßgeblich, für den die rechtliche Bindung bestehen soll; ist dieser Zeitraum nicht bestimmbar, so ist der fünffache Jahresbetrag anzusetzen.

(4) Soweit die Aufgaben nach Absatz 1 Nr. 7 und Absatz 2 nicht unter Art. 37 Abs. 1 Satz 1 GO fallen, werden sie hiermit dem ersten Bürgermeister oder der ersten Bürgermeisterin gemäß Art. 37 Abs. 2 GO zur selbstständigen Erledigung übertragen.

§ 13

Vertretung der Gemeinde nach außen

(1) Die Befugnis des ersten Bürgermeisters oder der ersten Bürgermeisterin zur Vertretung der Gemeinde nach außen bei der Abgabe von rechtserheblichen Erklärungen (Art. 38 Abs. 1 GO) beschränkt sich auf den Vollzug der einschlägigen Beschlüsse des Gemeinderats und der beschließenden Ausschüsse, soweit der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin nicht gemäß § 13 zum selbstständigen Handeln befugt ist.

(2) Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin kann im Rahmen seiner oder ihrer Vertretungsbefugnis unter Beachtung des Art. 39 Abs. 2 GO anderen Personen Vollmacht zur Vertretung der Gemeinde erteilen.

§ 14

Abhalten von Bürgerversammlungen

(1) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin beruft mindestens einmal jährlich, auf Verlangen des Gemeinderats auch öfter, eine Bürgerversammlung ein (Art. 18 Abs. 1 GO). ²Den Vorsitz in der Versammlung führt der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin oder ein von ihm oder ihr bestellter Vertreter.

(2) Auf Antrag von Gemeindebürgern und Gemeindebürgerinnen nach Art. 18 Abs. 2 GO beruft der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin darüber hinaus eine weitere Bürgerversammlung ein, die innerhalb von drei Monaten nach Eingang des Antrags bei der Gemeinde stattzufinden hat.

§ 15

Sonstige Geschäfte

Die Befugnisse des ersten Bürgermeisters oder der ersten Bürgermeisterin, die außerhalb der Gemeindeordnung gesetzlich festgelegt sind (z. B. Wahrnehmung der standesamtlichen Geschäfte, Aufnahme von Nottestamenten usw.), bleiben unberührt.

2. Stellvertretung

§ 16

Weitere Bürgermeister und Bürgermeisterinnen, weitere Stellvertretung, Aufgaben

(1) Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin wird im Fall der Verhinderung vom zweiten Bürgermeister oder von der zweiten Bürgermeisterin vertreten (Art. 39 Abs. 1 Satz 1 GO).

(2) Für den Fall gleichzeitiger Verhinderung der Bürgermeister bzw. Bürgermeisterinnen bestimmt der Gemeinderat aus seiner Mitte gemäß Art. 39 Abs. 1 Satz 2 GO weitere Stellvertreter bzw. Stellvertreterinnen in folgender Reihenfolge:

Hans-Jürgen Leyh
Wolfgang Meyer

(3) Der Stellvertreter oder die Stellvertreterin übt im Verhinderungsfall die gesamten gesetzlichen und geschäftsordnungsmäßigen Befugnisse des ersten Bürgermeisters oder der ersten Bürgermeisterin aus.

(4) ¹Ein Fall der Verhinderung liegt vor, wenn die zu vertretende Person aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen, insbesondere wegen Abwesenheit, Urlaub, Krankheit, vorläufiger Dienstenhebung oder persönlicher Beteiligung nicht in der Lage ist, ihr Amt auszuüben. ²Ist die zu vertretende Person bei Abwesenheit gleichwohl dazu in der Lage, die Amtsgeschäfte auszuüben und bei Bedarf wieder rechtzeitig vor Ort zu sein, liegt ein Fall der Verhinderung nicht vor.

B. Der Geschäftsgang

I. Allgemeines

§ 17

Verantwortung für den Geschäftsgang

(1) ¹Gemeinderat und erster Bürgermeister oder erste Bürgermeisterin sorgen für den ordnungsgemäßen Gang der Geschäfte, insbesondere für den Vollzug der gesetzlichen Vorschriften im eigenen und im übertragenen Wirkungskreis und für die Durchführung der gesetzmäßigen Anordnungen und Weisungen der Staatsbehörden. ²Sie schaffen die dazu erforderlichen Einrichtungen (Art. 56 Abs. 2, Art. 59 Abs. 1 GO).

(2) ¹Eingaben und Beschwerden der Gemeindeeinwohner an den Gemeinderat (Art. 56 Abs. 3 GO) werden durch die Verwaltung vorbehandelt und sodann dem Gemeinderat oder dem zuständigen beschließenden Ausschuss vorgelegt. ²Eingaben, die in den Zuständigkeitsbereich des ersten Bürgermeisters oder der ersten Bürgermeisterin fallen, erledigt dieser oder diese in eigener Zuständigkeit; in bedeutenden Angelegenheiten unterrichtet er oder sie den Gemeinderat.

§ 18

Sitzungen, Beschlussfähigkeit

(1) ¹Der Gemeinderat beschließt in Sitzungen (Art. 47 Abs. 1 GO). ²Eine Beschlussfassung durch mündliche Befragung außerhalb der Sitzungen oder im Umlaufverfahren ist ausgeschlossen.

(2) Der Gemeinderat ist beschlussfähig, wenn sämtliche Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der Mitglieder anwesend und stimmberechtigt ist (Art. 47 Abs. 2 GO).

(3) ¹Wird der Gemeinderat wegen Beschlussunfähigkeit in einer früheren Sitzung infolge einer nicht ausreichenden Zahl anwesender Mitglieder zum zweiten Mal zur Verhandlung über denselben Gegenstand zusammengerufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig. ²Bei der zweiten Einladung muss auf diese Bestimmung hingewiesen werden (Art. 47 Abs. 3 GO).

§ 19

Öffentliche Sitzungen

(1) Die Sitzungen des Gemeinderats sind öffentlich, soweit nicht Rücksichten auf das Wohl der Allgemeinheit oder auf berechtigte Ansprüche Einzelner entgegenstehen (Art. 52 Abs. 2 GO).

(2) ¹Die öffentlichen Sitzungen des Gemeinderats sind allgemein zugänglich, soweit der für die Zuhörerschaft bestimmte Raum ausreicht. ²Für die Medien ist stets eine angemessene Zahl von Plätzen freizuhalten. ³Ton- und Bildaufnahmen jeder Art bedürfen der Zustimmung des oder der Vorsitzenden und des Gemeinderats; sie sind auf Verlangen eines einzelnen Mitglieds hinsichtlich

seiner Person zu unterlassen. ⁴Ton- und Bildaufnahmen von Gemeindebediensteten und sonstigen Sitzungsteilnehmern sind nur mit deren Einwilligung zulässig.

(3) Zuhörende, welche die Ordnung der Sitzung stören, können durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende aus dem Sitzungssaal gewiesen werden (Art. 53 Abs. 1 GO).

§ 20

Nichtöffentliche Sitzungen

(1) ¹In nichtöffentlicher Sitzung werden in der Regel behandelt:

1. Personalangelegenheiten in Einzelfällen,
2. Rechtsgeschäfte in Grundstücksangelegenheiten,
3. Angelegenheiten, die dem Sozial- oder Steuergeheimnis unterliegen.

²Außerdem werden in nichtöffentlicher Sitzung behandelt:

1. Angelegenheiten des übertragenen Wirkungskreises, deren nichtöffentliche Behandlung im Einzelfall von der Aufsichtsbehörde verfügt ist,
2. sonstige Angelegenheiten, deren Geheimhaltung durch Gesetz vorgeschrieben oder nach der Natur der Sache erforderlich ist.

(2) ¹Zu nichtöffentlichen Sitzungen können im Einzelfall durch Beschluss Personen, die dem Gemeinderat nicht angehören, hinzugezogen werden, wenn deren Anwesenheit für die Behandlung des jeweiligen Beratungsgegenstandes erforderlich ist. ²Diese Personen sollen zur Verschwiegenheit nach § 1 Abs. 1 Nr. 1 Verpflichtungsgesetz verpflichtet werden.

(3) Die in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse gibt der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin der Öffentlichkeit bekannt, sobald die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 GO).

II. Vorbereitung der Sitzungen

§ 21

Einberufung

(1) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin beruft die Gemeinderatssitzungen ein, wenn die Geschäftslage es erfordert oder wenn ein Viertel der Gemeinderatsmitglieder es schriftlich oder elektronisch unter Bezeichnung des Beratungsgegenstandes beantragt (Art. 46 Abs. 2 Sätze 2 und 3 GO). ²Nach Beginn der Wahlzeit und im Fall des Art. 46 Abs. 2 Satz 3 GO beruft er oder sie die Gemeinderatssitzung so rechtzeitig ein, dass die Sitzung spätestens am 14. Tag nach Beginn der Wahlzeit oder nach Eingang des Verlangens bei ihm oder ihr stattfinden kann (Art. 46 Abs. 2 Satz 4 GO).

(2) ¹Unbeschadet des Absatzes 1 werden die Gemeinderatssitzungen für jedes Kalenderjahr im Voraus festgelegt. ²Sie finden in der Regel im Sitzungssaal des Rathauses, dienstags und außerhalb der Ferien statt. ³Sitzungsbeginn ist um 19:30 Uhr; finden unmittelbar vor Gemeinderatssit-

zungen Sitzungen von Ausschüssen statt, ist deren Sitzungsbeginn entsprechend früher. ⁴In der Einladung (§ 25) kann im Einzelfall etwas anderes bestimmt werden.

§ 22

Tagesordnung

(1) ¹Der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin setzt die Tagesordnung fest. ²Rechtzeitig eingegangene Anträge von Gemeinderatsmitgliedern setzt der erste Bürgermeister oder die erste Bürgermeisterin möglichst auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung. ³Ist das nicht möglich, sind die Anträge in jedem Fall innerhalb von drei Monaten auf die Tagesordnung einer Gemeinderatssitzung zu setzen. ⁴Eine materielle Vorprüfung findet nicht statt.

(2) ¹Die zur Aufnahme in die Tagesordnung vorgesehenen Beratungsgegenstände werden in der Regel mit den Fraktionsvorsitzenden in einer Besprechung erörtert. ²Sie findet, rechtzeitig vor der Ladung im Rathaus statt; zu Fraktionssprechersitzungen wird formlos geladen

(2) ¹In der Tagesordnung sind die Beratungsgegenstände einzeln und inhaltlich konkretisiert zu benennen, damit es den Gemeinderatsmitgliedern ermöglicht wird, sich auf die Behandlung der jeweiligen Gegenstände vorzubereiten. ²Soweit die Konkretisierungen schutzwürdige Daten enthalten, sollten diese den Gemeinderatsmitgliedern regelmäßig gesondert zur Verfügung gestellt werden. ³Das gilt sowohl für öffentliche als auch für nichtöffentliche Gemeinderatssitzungen.

(3) ¹Die Tagesordnung für öffentliche Sitzungen ist jeweils unter Angabe von Ort und Zeit der Sitzung spätestens am fünften Tag vor der Sitzung ortsüblich bekannt zu machen (Art. 52 Abs. 1 GO). ²Die Tagesordnung nichtöffentlicher Sitzungen wird nicht bekannt gemacht.

(4) Den örtlichen Medien soll die Tagesordnung jeder öffentlichen Sitzung rechtzeitig mitgeteilt werden.

§ 23

Form und Frist für die Einladung

(1) ¹Die Gemeinderatsmitglieder werden elektronisch²¹⁾ zu den Sitzungen eingeladen, wozu mit elektronischer Post (E-Mail) an ein von dem jeweiligen Gemeinderatsmitglied schriftlich benanntes elektronisches Postfach (E-Mail-Adresse) eine Information versandt wird, dass die Ladung samt Tagesordnung in einem technisch individuell gegen Zugriffe Dritter geschützten Bereich (Ratsinformationssystem) auf dem Server der Gemeinde abrufbar ist. ²Die Tagesordnung kann bis spätestens zum Ablauf des dritten Tages vor der Sitzung ergänzt werden.

(2) Die Einladung samt Tagesordnung gilt als zugegangen, wenn die E-Mail im elektronischen Postfach des Gemeinderatsmitglieds oder bei seinem Provider abrufbar eingegangen und üblicherweise mit deren Kenntnisnahme zu rechnen ist.

(3) ¹Der Tagesordnung sollen weitere Unterlagen, insbesondere Beschlussvorlagen, beige-fügt werden, wenn und soweit das sachdienlich ist und Gesichtspunkte der Vertraulichkeit sowie des Datenschutzes nicht entgegenstehen. ²Die weiteren Unterlagen werden grundsätzlich nur elektronisch im Ratsinformationssystem im Sinne von Absatz 1 Satz 1 zur Verfügung gestellt.

(4) ¹Die Ladungsfrist beträgt fünf Tage; sie kann in dringenden Fällen auf drei Tage verkürzt werden. ²Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet.

§ 24

Anträge

(1) ¹Anträge, die in einer Sitzung behandelt werden sollen, sind schriftlich oder elektronisch zu stellen und ausreichend zu begründen. ²Bei elektronischer Übermittlung sind Geheimhaltungsinteressen und der Datenschutz zu beachten; schutzwürdige Daten sind in gesicherter Form zu übermitteln. ³Anträge sollen spätestens am 14. Tag vor der Sitzung beim ersten Bürgermeister oder bei der ersten Bürgermeisterin eingereicht werden. ⁴Soweit ein Antrag mit Ausgaben verbunden ist, die im Haushaltsplan nicht vorgesehen sind, soll er einen Deckungsvorschlag enthalten.

(2) Verspätet eingehende oder erst unmittelbar vor oder während der Sitzung gestellte Anträge können nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen werden, wenn

1. die Angelegenheit dringlich ist und der Gemeinderat der Behandlung mehrheitlich zustimmt oder
2. sämtliche Mitglieder des Gemeinderats anwesend sind und kein Mitglied der Behandlung widerspricht.

(3) Anträge zur Geschäftsordnung, z. B. Nichtbefassungsanträge, Zurückziehung eines Antrags u. ä., oder einfache Sachanträge, z. B. Änderungsanträge, können auch während der Sitzung und ohne Beachtung der Form gestellt werden.

III. Sitzungsverlauf

§ 25

Eröffnung der Sitzung

(1) ¹Der oder die Vorsitzende eröffnet die Sitzung. ²Er oder sie stellt die ordnungsgemäße Ladung der Gemeinderatsmitglieder sowie die Beschlussfähigkeit des Gemeinderats fest und erkundigt sich nach Einwänden gegen die Tagesordnung. ³Sodann lässt er über etwaige gemäß § 32 Abs. 3 vorbehandelte Einwendungen gegen die Niederschrift über die vorangegangene öffentliche Sitzung abstimmen. ⁴Nach Beschlussfassung über die Einwendungen gilt die Niederschrift in der gegebenenfalls geänderten Fassung als genehmigt; ist keine Beschlussfassung erforderlich, gilt die Niederschrift in der vorliegenden Fassung als genehmigt (Art. 54 Abs. 2 GO).

(2) ¹Die Niederschrift über die vorangegangene nichtöffentliche Sitzung wird bei den Gemeinderatsmitgliedern in Umlauf gesetzt. ²Dazu erhält jede Fraktion zu Beginn der nichtöffentlichen Sitzung eine Ausfertigung, die dem Schriftführer bei Sitzungsende zurückzugeben ist. ³Wenn bis zum Schluss der Sitzung keine Einwendungen erhoben werden, so gilt die Niederschrift als vom Gemeinderat gemäß Art. 54 Abs. 2 GO genehmigt.

§ 26**Eintritt in die Tagesordnung**

- (1) ¹Die einzelnen Tagesordnungspunkte werden in der in der Tagesordnung festgelegten Reihenfolge behandelt. ²Die Reihenfolge kann durch Beschluss geändert werden.
- (2) ¹Soll ein Tagesordnungspunkt in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden (§ 22), so wird darüber vorweg unter Ausschluss der Öffentlichkeit beraten und entschieden (Art. 52 Abs. 2 Satz 2 GO). ²Wird von vornherein zu einer nichtöffentlichen Sitzung eingeladen, gilt die Behandlung in nichtöffentlicher Sitzung als gebilligt, wenn und soweit nicht der Gemeinderat anders entscheidet.
- (3) ¹Der oder die Vorsitzende oder eine von ihm oder ihr mit der Berichterstattung beauftragte Person trägt den Sachverhalt der einzelnen Tagesordnungspunkte vor und erläutert ihn. ²Anstelle des mündlichen Vortrags kann auf schriftliche Vorlagen verwiesen werden.
- (4) Zu Tagesordnungspunkten, die in einem Ausschuss behandelt worden sind, ist der Beschluss des Ausschusses bekannt zu geben.
- (5) ¹Soweit erforderlich, können auf Anordnung des oder der Vorsitzenden oder auf Beschluss des Gemeinderats Sachverständige zugezogen und gutachtlich gehört werden. ²Entsprechendes gilt für sonstige sachkundige Personen.

§ 27**Beratung der Sitzungsgegenstände**

- (1) Nach der Berichterstattung, gegebenenfalls nach dem Vortrag der Sachverständigen, eröffnet der oder die Vorsitzende die Beratung.
- (2) ¹Mitglieder des Gemeinderats, die nach den Umständen annehmen müssen, von der Beratung und Abstimmung zu einem bestimmten Punkt der Tagesordnung wegen persönlicher Beteiligung (Art. 49 Abs. 1 GO) ausgeschlossen zu sein, haben dies vor Beginn der Beratung dem oder der Vorsitzenden unaufgefordert mitzuteilen. ²Entsprechendes gilt, wenn Anhaltspunkte dieser Art während der Beratung erkennbar werden. ³Das wegen persönlicher Beteiligung ausgeschlossene Mitglied hat während der Beratung und Abstimmung seinen Platz am Beratungstisch zu verlassen; es kann bei öffentlicher Sitzung im Zuhörerraum Platz nehmen, bei nichtöffentlicher Sitzung verlässt es den Raum.
- (3) ¹Sitzungsteilnehmer dürfen das Wort nur ergreifen, wenn es ihnen von dem oder der Vorsitzenden erteilt wird. ²Der oder die Vorsitzende erteilt das Wort in der Reihenfolge der Wortmeldungen. ³Bei gleichzeitiger Wortmeldung entscheidet der oder die Vorsitzende über die Reihenfolge. ⁴Bei Wortmeldungen „zur Geschäftsordnung“ ist das Wort außer der Reihe sofort zu erteilen. ⁵Zuhörenden kann das Wort nicht erteilt werden.
- (4) ¹Redner und Rednerinnen sprechen von ihrem Platz aus; sie richten ihre Rede an den Gemeinderat. ²Die Redebeiträge müssen sich auf den jeweiligen Tagesordnungspunkt beziehen.
- (5) ¹Während der Beratung über einen Antrag sind nur zulässig:
1. Anträge zur Geschäftsordnung,

2. Zusatz- oder Änderungsanträge oder Anträge auf Zurückziehung des zu beratenden Antrags.

²Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort abzustimmen; eine Beratung zur Sache selbst findet insoweit nicht statt.

(6) Wenn keine Wortmeldungen mehr vorliegen, wird die Beratung von dem oder der Vorsitzenden geschlossen.

(7) ¹Bei Verstoß gegen die vorstehenden Regeln zu Redebeiträgen ruft der oder die Vorsitzende zur Ordnung und macht die betreffende Person auf den Verstoß aufmerksam. ²Bei weiteren Verstößen kann der oder die Vorsitzende ihr das Wort entziehen.

(8) ¹Mitglieder des Gemeinderats, die die Ordnung fortgesetzt erheblich stören, kann der oder die Vorsitzende mit Zustimmung des Gemeinderats von der Sitzung ausschließen. ²Über den Ausschluss von weiteren Sitzungen entscheidet der Gemeinderat (Art. 53 Abs. 2 GO).

(9) ¹Der oder die Vorsitzende kann die Sitzung unterbrechen oder aufheben, falls Ruhe und Ordnung im Sitzungssaal auf andere Weise nicht wiederhergestellt werden können. ²Eine unterbrochene Sitzung ist spätestens am nächsten Tag fortzuführen; einer neuerlichen Einladung hierzu bedarf es nicht. ³Die Beratung ist an dem Punkt fortzusetzen, an dem die Sitzung unterbrochen wurde. ⁴Der oder die Vorsitzende gibt Zeit und Ort der Fortsetzung bekannt.

§ 28

Abstimmung

(1) ¹Nach Durchführung der Beratung oder nach Annahme eines Antrags auf „Schluss der Beratung“ schließt der oder die Vorsitzende die Beratung und lässt über den Beratungsgegenstand abstimmen. ²Er oder sie vergewissert sich zuvor, ob die Beschlussfähigkeit (§ 20 Abs. 2 und 3) gegeben ist.

(2) Stehen mehrere Anträge zur Abstimmung, so wird über sie in der nachstehenden Reihenfolge abgestimmt:

1. Anträge zur Geschäftsordnung,
2. Anträge, die mit dem Beschluss eines Ausschusses übereinstimmen; über sie ist vor allen anderen Anträgen zum gleichen Beratungsgegenstand abzustimmen,
3. weitergehende Anträge; das sind die Anträge, die voraussichtlich einen größeren Aufwand erfordern oder stärker einschneidende Maßnahmen zum Gegenstand haben,
4. früher gestellte Anträge vor später gestellten, sofern der spätere Antrag nicht unter die Nrn. 1 bis 3 fällt.

(3) ¹Grundsätzlich wird über jeden Antrag insgesamt abgestimmt. ²Über einzelne Teile eines Antrags wird getrennt abgestimmt, wenn dies beschlossen wird oder der oder die Vorsitzende eine Teilung vornimmt.

(4) ¹Vor der Abstimmung soll der Antrag verlesen werden. ²Der oder die Vorsitzende formuliert die zur Abstimmung anstehende Frage so, dass sie mit „ja“ oder „nein“ beantwortet werden kann. ³Grundsätzlich wird in der Reihenfolge „ja“ - „nein“ abgestimmt.

(5) ¹Beschlüsse werden in offener Abstimmung durch Handaufheben oder auf Beschluss des Gemeinderats durch namentliche Abstimmung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden gefasst, soweit nicht im Gesetz eine besondere Mehrheit vorgeschrieben ist. ²Bei Stimmgleichheit ist der

Antrag abgelehnt (Art. 51 Abs. 1 GO); wird dadurch ein ausnahmsweise negativ formulierter Antrag abgelehnt, bedeutet dies nicht die Beschlussfassung über das Gegenteil. ³Kein Mitglied des Gemeinderats darf sich der Stimme enthalten (Art. 48 Abs. 1 Satz 2 GO).

(6) ¹Die Stimmen sind, soweit erforderlich, durch den Vorsitzenden oder die Vorsitzende zu zählen. ²Das Abstimmungsergebnis ist unmittelbar nach der Abstimmung bekannt zu geben; dabei ist festzustellen, ob der Antrag angenommen oder abgelehnt ist.

(7) ¹Über einen bereits zur Abstimmung gebrachten Antrag kann in derselben Sitzung die Beratung und Abstimmung nicht nochmals aufgenommen werden, wenn nicht alle Mitglieder, die an der Abstimmung teilgenommen haben, mit der Wiederholung einverstanden sind. ²In einer späteren Sitzung kann, soweit gesetzlich nichts anderes vorgesehen, ein bereits zur Abstimmung gebrachter Beratungsgegenstand insbesondere dann erneut behandelt werden, wenn neue Tatsachen oder neue gewichtige Gesichtspunkte vorliegen und der Beratungsgegenstand ordnungsgemäß auf die Tagesordnung gesetzt wurde.

§ 29

Wahlen

(1) Für Entscheidungen des Gemeinderats, die in der Gemeindeordnung oder in anderen Rechtsvorschriften als Wahlen bezeichnet werden, gilt Art. 51 Abs. 3 GO, soweit in anderen Rechtsvorschriften nichts Abweichendes bestimmt ist.

(2) ¹Wahlen werden in geheimer Abstimmung mit Stimmzetteln vorgenommen. ²Ungültig sind insbesondere Neinstimmen, leere Stimmzettel und solche Stimmzettel, die den Namen des Gewählten nicht eindeutig ersehen lassen oder aufgrund von Kennzeichen oder ähnlichem das Wahlgeheimnis verletzen können.

(3) ¹Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen erhält. ²Ist mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen ungültig, ist die Wahl zu wiederholen. ³Ist die Mehrheit der abgegebenen Stimmen gültig und erhält niemand mehr als die Hälfte der abgegebenen gültigen Stimmen, findet Stichwahl unter den beiden sich bewerbenden Personen mit den höchsten Stimmzahlen statt. ⁴Haben im ersten Wahlgang mehr als zwei Personen die gleiche höchste Stimmzahl, wird die Wahl wiederholt. ⁵Haben mehrere Personen die gleiche zweithöchste Stimmzahl, entscheidet das Los darüber, wer von ihnen in die Stichwahl kommt. ⁶Bei Stimmgleichheit in der Stichwahl entscheidet gleichfalls das Los.

§ 30

Anfragen

¹Die Gemeinderatsmitglieder können in jeder Sitzung nach Erledigung der Tagesordnung an den Vorsitzenden oder die Vorsitzende Anfragen über solche Gegenstände richten, die in die Zuständigkeit des Gemeinderats fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen. ²Nach Möglichkeit sollen der oder die Vorsitzende oder anwesende Gemeindebedienstete solche Anfragen sofort beantworten. ³Ist das nicht möglich, so werden sie in der nächsten Sitzung oder schriftlich beantwortet. ⁴Eine Aussprache über Anfragen findet in der Sitzung grundsätzlich nicht statt.

§ 31

Beendigung der Sitzung

Nach 22:00 Uhr werden weitere Tagesordnungspunkte nicht mehr aufgerufen; die Sitzung wird dann unterbrochen und in der Regel am darauffolgenden Werktag fortgesetzt. Nach Behandlung der Tagesordnung und etwaiger Anfragen schließt der oder die Vorsitzende die Sitzung.

IV. Sitzungsniederschrift

§ 32

Form und Inhalt

(1) ¹Über die Sitzungen des Gemeinderats werden Niederschriften gefertigt, deren Inhalt sich nach Art. 54 Abs. 1 GO richtet. ²Die Niederschriften werden getrennt nach öffentlichen und nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten geführt.

(2) ¹Als Hilfsmittel für das Anfertigen der Niederschrift können durch den Schriftführer oder der Schriftführerin Tonaufnahmen gefertigt werden. ²Der Tonträger ist unverzüglich nach Genehmigung der Niederschrift zu löschen und darf Außenstehenden nicht zugänglich gemacht werden.

(3) ¹Ist ein Mitglied des Gemeinderats bei einer Beschlussfassung abwesend, so ist dies in der Niederschrift besonders zu vermerken. ²Jedes Mitglied kann verlangen, dass in der Niederschrift festgehalten wird, wie es abgestimmt hat (Art. 54 Abs. 1 Satz 3 GO).

() Die Niederschrift ist unverzüglich nach der Sitzung zu erstellen, von dem oder der Vorsitzenden und von dem Schriftführer oder der Schriftführerin im Original zu unterzeichnen und ins Ratsinformationssystem einzustellen. Bis zum Ablauf des achten Tages vor der nächsten Sitzung können Änderungen der Niederschrift beim Schriftführer oder der Schriftführerin schriftlich beantragt werden. Kommt über die Änderungsanträge keine Einigung zu Stande, werden sie in dieser Sitzung vom Gemeinderat als Einwendungen behandelt (§ 25 Abs. 1 Satz 3 und 4).

(5) Mit der Niederschrift werden Anwesenheitslisten geführt.

§ 33

Einsichtnahme und Abschrifterteilung

(1) In die Niederschriften über öffentliche Sitzungen können alle Gemeindebürger und Gemeindebürgerinnen Einsicht nehmen; dasselbe gilt für auswärts wohnende Personen hinsichtlich ihres Grundbesitzes oder ihrer gewerblichen Niederlassungen im Gemeindegebiet (Art. 54 Abs. 3 Satz 2 GO).

(2) ¹Gemeinderatsmitglieder können jederzeit die Niederschriften über öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen einsehen und sich Abschriften der in öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse erteilen lassen (Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO). ²Abschriften von Beschlüssen, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, können sie verlangen, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind (Art. 52 Abs. 3 i.V.m. Art. 54 Abs. 3 Satz 1 GO).

(3) ¹Niederschriften über öffentliche Sitzungen können den Gemeinderatsmitgliedern im Ratsinformationssystem zur Verfügung gestellt werden. ²Gleiches gilt für Beschlüsse, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst wurden, wenn die Gründe für die Geheimhaltung weggefallen sind.

(4) Die Absätze 1 und 2 gelten auch für Niederschriften früherer Wahlzeiten.

(5) In Rechnungsprüfungsangelegenheiten können die Gemeinderatsmitglieder jederzeit die Berichte über die Prüfungen einsehen (Art. 102 Abs. 4 GO); Abschriften werden nicht erteilt.

V. Geschäftsgang der Ausschüsse

§ 34

Anwendbare Bestimmungen

(1) ¹Für den Geschäftsgang der Ausschüsse gelten die §§ 17 bis 33 sinngemäß. ²Gemeinderatsmitglieder, die einem Ausschuss nicht angehören, erhalten die Ladungen zu den Sitzungen nebst Tagesordnung nachrichtlich.

(2) ¹Mitglieder des Gemeinderats können in der Sitzung eines Ausschusses, dem sie nicht angehören, nur als Zuhörende anwesend sein. ²Berät ein Ausschuss über den Antrag eines Gemeinderatsmitglieds, das diesem Ausschuss nicht angehört, so gibt der Ausschuss ihm Gelegenheit, seinen Antrag mündlich zu begründen. ³Satz 1 und 2 gelten für öffentliche und nichtöffentliche Sitzungen.

VI. Bekanntmachung von Satzungen und Verordnungen

§ 35

Art der Bekanntmachung

(1) ¹Satzungen und Verordnungen werden dadurch amtlich bekannt gemacht, dass sie in der Verwaltung der Gemeinde zur Einsichtnahme niedergelegt werden und die Niederlegung durch Anschlag an der Gemeindetafel vor dem Rathaus, Birkenallee 51, bekanntgegeben wird. ²Der Anschlag wird dort erst angebracht, wenn die Satzung oder Verordnung in der Verwaltung niedergelegt ist, und frühestens nach 14 Tagen wieder abgenommen. ³Es wird schriftlich festgehalten, wann der Anschlag angebracht und wann er wieder abgenommen wurde; dieser Vermerk wird zu den Akten genommen.

(2) Wird eine Satzung oder Verordnung ausnahmsweise aus wichtigem Grund auf eine andere in Art. 26 Abs. 2 GO bezeichnete Art amtlich bekannt gemacht, so wird hierauf durch Anschlag an der Gemeindetafel hingewiesen.

(3) ¹Die Gemeinde unterhält folgende weitere Informationstafeln ohne amtliche Funktion zur Information ihrer Einwohner:

1. Hauptstraße 7

2. Birkenallee 79 (vor der Sparkasse)
3. Heppenheimer Straße / Damaschkestraße
4. Bussardstraße 46 (neben Traföhäuschen)

²Die Aushänge an den vorgenannten Informationstafeln sollen denen in der Gemeindetafel vor dem Rathaus entsprechen.

C. Schlussbestimmungen

§ 36

Änderung der Geschäftsordnung

Vorstehende Geschäftsordnung kann durch Beschluss des Gemeinderats geändert werden.

§ 37

Verteilung der Geschäftsordnung

¹Jedem Mitglied des Gemeinderats ist ein Exemplar der Geschäftsordnung auszuhändigen, bzw. online zugänglich zu machen. ²Im Übrigen liegt die Geschäftsordnung zur allgemeinen Einsicht in der Verwaltung der Gemeinde auf und steht zum Download auf der Homepage der Gemeinde zur Verfügung.

§ 38

Inkrafttreten

¹Diese Geschäftsordnung tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. ²Gleichzeitig tritt die vom 24. Juni 2014 beschlossene Geschäftsordnung außer Kraft.

(Ausfertigung)“

Anwesend: 17 / mit 17 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 17 - Bestellung des Ersten Bürgermeisters zum Eheschließungs- Standesbeamten

(Zur Behandlung dieses Tagesordnungspunktes übergibt Erster Bürgermeister Norbert Stumpf den Vorsitz an Zweiten Bürgermeister Karl.)

Gemäß § 2 Abs. 3 Satz 1 Halbs. 1 der Verordnung zur Ausführung des Personenstandsge-

setzes (AVPStG) können die Gemeinden einen ihrer Bürgermeister zu einem Standesbeamten bestellen, dessen Aufgabenbereich als Standesbeamter sich auf die Vornahme von Eheschließungen und Begründungen von Lebenspartnerschaften beschränkt. Dieser „Eheschließungs-Standesbeamte“ muss nicht die Eignungsvoraussetzungen erfüllen, die sonst von Standesbeamten gefordert werden (§ 2 Abs. 3 Satz 1 Halbs. 2 AVPStG).

Die Bestellung der Bürgermeister nach § 2 Abs. 3 Satz 1 AVPStG erlischt spätestens mit Ablauf ihrer Amtszeit (§ 3 Abs. 3 Satz 1 AVPStG). Sie gilt jedoch im Fall ihrer Wiederwahl zunächst fort, bis das zuständige kommunale Gremium erneut über die Bestellung entschieden hat (§ 3 Abs. 3 Satz 2 AVPStG).

Erster Bürgermeister Stumpf war in der abgelaufenen Wahlperiode zum Eheschließungs-Standesbeamten bestellt. Damit er dieses Amt weiterhin ausüben kann, bedarf es eines erneuten Gemeinderatsbeschlusses. Die Bestellung kann jederzeit schriftlich widerrufen werden (§ 3 Abs. 1 Satz 1 AVPStG).

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Erster Bürgermeister Norbert Stumpf wird zum Standesbeamten für den Standesamtsbezirk Bubenreuth bestellt. Die Bestellung wird auf den Aufgabenbereich des Standesbeamten für die Vornahme von Eheschließungen und Begründungen von Lebenspartnerschaften beschränkt.

Anwesend: 16 / mit 16 gegen 0 Stimmen

(Erster Bürgermeister Norbert Stumpf hat an der Beratung und Abstimmung wegen persönlicher Beteiligung nicht teilgenommen.)

Lfd. Nr. 18 - Krisenbedingte Verlängerung der ablaufenden Amtszeit des Feuerwehrkommandanten und seines Stellvertreters

Der Feuerwehrkommandant und sein Stellvertreter werden für eine Amtszeit von sechs Jahren gewählt. Die Feuerwehrdienstleistenden haben am 01.06.2014 Herrn Heinrich Herzog als Feuerwehrkommandanten und Herrn Markus Torner als seinen Stellvertreter neu gewählt.

Die Gewählten bedürfen nach Art. 8 Abs. 4 Bayerisches Feuerwehrgesetz (BayFwG) der Bestätigung durch die Gemeinde, die im Benehmen mit dem Kreisbrandrat erfolgen muss. Diese Bestätigung erteilte der Gemeinderat in seinen Sitzungen vom 29.07.2014 bzw. vom 14.10.2014.

Somit enden die Amtszeiten am 30.05.2020.

Aufgrund der Coronakrise konnten Neuwahlen des Kommandanten und seines Stellvertreters weder vorbereitet noch durchgeführt werden. Nach Rücksprache mit dem zuständigen

Referenten des Bayerischen Gemeindetags, Herrn Schober, sollen die Amtszeiten der Kommandanten bis auf Weiteres – bis Wahlen wieder möglich sind – verlängert werden.

Der Gemeinderat fasst folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat verlängert die Amtszeit des Kommandanten der Freiwilligen Feuerwehr Bubenreuth, Herrn Heinrich Herzog, und die seines Stellvertreters, Herrn Markus Torner, bis zur Neuwahl nach Art. 8 Abs. 2 BayFwG. Diese Wahl ist, sobald es die Lage zulässt, schnellstmöglich durchzuführen.

Anwesend: 17 / mit 17 gegen 0 Stimmen

Lfd. Nr. 19 - Kenntnisnahmen und Anfragen

Der Vorsitzende informiert über **Folgendes:**

Die Gemeinde Bubenreuth ist nun Mitglied in der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg“.

Für das Schuljahr 2020/2021 sind die 100 Plätze in der Mittagsbetreuung belegt, das bedeutet, die Mittagsbetreuung ist ausgebucht.
Der Kinderhort ist nahezu ausgebucht.

Im Rahmen des Modellprojekts „**Lastenrad mieten, Kommunen entlasten - Aufbau eines Lastenrad-Mietsystems in Kommunen**“ unterstützt und fördert das Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr sieben bayerische Kommunen bei der Einführung eines Lastenrad-Mietsystems. Die Modellkommunen werden mit bis zu 80% der förderfähigen Kosten bei der Anschaffung von Lastenrädern und den begleitenden Investitionen gefördert. Die Gemeinde Bubenreuth hat sich gemeinsam mit der Gemeinde Möhrendorf beworben.

Der **Vorsitzende** verteilt einen Lageplan über die B+R-Anlage in Bubenreuth. Die Bahn wollte mit der Errichtung der Fahrradabstellplätze bereits vor Weihnachten 2019 fertig sein. Der Vorsitzende erklärt, er habe bereits mehrmals nachgefragt und es gebe bis jetzt noch keine Reaktion der Bahn auf seine E-Mails vom März.

Zum geplanten Bau der Boulderhalle teilt der **Vorsitzende** mit, dass die Blockhelden einen Eingabeplan in Auftrag gegeben haben, um Baurecht zu erwirken.

Die Blockhelden haben angeboten, die neuen Gemeinderatsmitglieder über ihr Vorhaben zu informieren. Da Interesse daran besteht, wird der Vorsitzende einen Termin mit den Blockhelden vereinbaren.

Der Vorstand der Joseph-Stiftung, der Eigentümer unseres Caritas Alten- und Pflegeheimes St. Franziskus in Bubenreuth, hat den **Vorsitzenden** darüber informiert, dass die Caritas derzeit Gespräche mit einem Bauträger für ein Grundstück im Gebiet Posteläcker führt, um

den Standort Bubenreuth zu sichern zu. Weitere Details werden von der Caritas erst nach erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen bekanntgegeben.

Die Entwicklung des Gebiets Posteläcker mit Erstellung eines Rahmenplans läuft gut. Als nächster Schritt werden die Eigentümer informiert.

Der Vorentwurf des Bebauungsplanes Hoffeld wurde an die Grundstückseigentümer zur Information versendet, mit der Möglichkeit, sich zum Vorentwurf zu äußern. Einige Eigentümer haben dies genutzt und eine Stellungnahme abgegeben, die dabei aufgetretenen Fragen werden von der Verwaltung beantwortet.

GRM C. Dirsch fragt, wann die Machbarkeitsstudie zu H7 an die Gemeinderatsmitglieder weitergegeben wird. Der **Vorsitzende** informiert, sobald die Endfassung dieser Studie vorliegt, werde sie auch im Gemeinderat präsentiert.

GRM C. Dirsch möchte wissen, wann der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne für ein Ratsbegehren zur Nutzung von H7 vom 1.9.2019 im Gremium behandelt werden würde. Der Antrag war einvernehmlich zurückgestellt worden, da zuerst die Bubenreuther Zukunftsgespräche abgewartet werden sollten.

Der **Vorsitzende** informiert, dass es in den Bubenreuther Zukunftsgesprächen keine Ablehnung sondern eine große Zustimmung zu H7 gegeben habe. Außerdem sei noch eine Bürgerbeteiligung vor Vergabe der Planungsleistungen für H7 vorgesehen.

GRM Schuck erklärt, der Wählerwille habe H7 gewollt, es gehe nunmehr darum, wie werde das Vorhaben realisiert und nicht, ob es realisiert werde. **GRM Schuck** schlägt vor, der Vollständigkeit halber über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Grüne abzustimmen, dies wäre auch in kleiner Fraktion möglich.

GRM Karl erklärt, eine Entscheidung über die Beauftragung des Nahwärmenetzes Nord habe absolute Dringlichkeit. Dazu sei eine zusätzliche Gemeinderatssitzung erforderlich, bei der Herr Schuller einen Vortrag über das Nahwärmenetz halten werde und Frau Denk den Energienutzungsplan präsentieren könnte. Als Termin wird Dienstag, 16. Juni, vereinbart.

Eine nicht öffentliche Sitzung schließt sich an.

Ende: 21:45 Uhr

Norbert Stumpf
Vorsitzender

Monika Eckert
Schriftführerin